



EUROPA-PARLAMENTET
 EUROPÄISCHES PARLAMENT
 ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ
 EUROPEAN PARLIAMENT
 PARLAMENTO EUROPEO
 PARLEMENT EUROPEEN
 PARLAMENTO EUROPEO
 EUROPEES PARLEMENT
 PARLAMENTO EUROPEU
 EUROOPAN PARLAMENTTI
 EUROPARLAMENTET

Europa-Info Mittelrhein

von Ruth Hieronymi MdEP – März 2004



Europabüro Mittelrhein, Marienstr. 8, 53225 Bonn, Tel.: 0228/473001, Fax: 47 74 99, E-Mail: hieronymi@t-online.de
 Europäisches Parlament Brüssel, Rue Wiertz, ASP 15 E 261, B-1047 Brüssel, Tel.: 00322284 5859, Fax: -9859

Der EU-Haushalt:

Wer zahlt wie viel, wer bekommt wie viel?

Da die EU keine eigenen Steuern erheben darf (nur Zölle aus Drittländern, die ungefähr 16 Mrd. Euro bringen), finanziert sie sich hauptsächlich aus den Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten. Dabei werden alle gleich behandelt: jeder zahlt nach seiner Wirtschaftskraft, dem sog. BNE (Bruttonationaleinkommen), früher Bruttosozialprodukt. Die reichen und großen Staaten zahlen mehr als die kleinen und ärmeren. Deutschland als größtes Land zahlt zwar am meisten ein, pro Kopf der Bevölkerung zahlt es aber in etwa so viel wie z.B. Frankreich und die Niederlande. Nur Großbritannien erhält wegen der besonderen Situation seiner Landwirtschaft einen Rabatt.

Ausgegeben wird das meiste Geld für die Landwirtschaft, fast die Hälfte des Gesamthaushaltes (46 %). Mehr als ein Drittel wird für die Förderung der ärmsten Re-

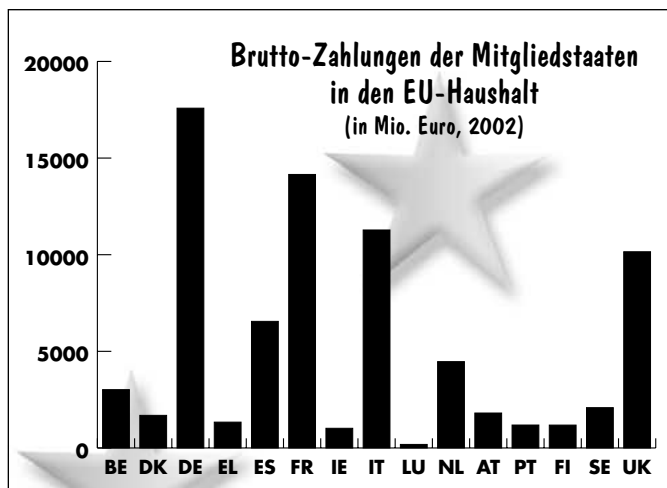
gionen ausgegeben. In Deutschland profitieren davon insbesondere die neuen Bundesländer. Ziel der Ausgaben ist, dass diese Regionen wirtschaftlich stärker werden und zukünftig selbst zu den Kosten der EU beitragen können. Dies ist in der Vergangenheit insbesondere in Irland, aber auch in Spanien gelungen. Die Verwaltungskosten betragen um 6 %.



Die restlichen Mittel (ca. 15 %) werden für politische Schwerpunkte der EU, wie Forschungsförderung, Verkehrsmaßnahmen, Entwicklungshilfe, ausgegeben.

Insgesamt gibt die EU zur Zeit ca. 100 Mrd. Euro jährlich aus und nimmt auch soviel ein. Schulden darf die EU nicht machen, anders als die Mitgliedsstaaten. Das heißt, dass jeder Staat etwa 1 % seines BNE in die Kasse der EU einzahlen muss, ab 2004 auch die neuen Mitgliedsstaaten.

Jeder Staat rechnet für sich natürlich, wie viel er zahlt und wie viel er bekommt. Wer mehr zahlt als er bekommt, ist sog. Nettozahler. 11 Staaten sind Nettozahler, Deutschland als großes und reiches Land ist der größte Nettozahler (2002 waren es ca. 5 Mrd. Euro). Pro Kopf der Bevölkerung zahlen die Niederlande aber doppelt so viel wie Deutschland, auch Schweden zahlt mehr.



... Kontrolle ist besser!

5 Milliarden Euro, 2002 Deutschlands Nettozahlungen an die EU, sind viel Geld. Da ist es verständlich, dass wir alle genau hinschauen, ob der eigene Beitrag gerecht bemessen ist, ob sich der Aufwand lohnt, ob das Geld auch sinnvoll ausgegeben wird, ob mit dem Geld auch sorgsam umgegangen wird. Dabei muss das Europäische Parlament seine Kontrollaufgabe wahrnehmen und Rat und Kommission auf die Finger gucken.

Ist uns die EU fünf Mrd. Euro jährlich wert? Zum Vergleich:

- Die jährliche Subvention der deutsche Steinkohle beträgt 3,7 Mrd. Euro (2002).
 - Der jährliche Verlust der Bundesbahn beträgt 4,5 Mrd. Euro (2002).
 - Die Neuverschuldung des Landes NRW beträgt 5,2 Mrd. Euro (2004).
 - Der Bund zahlt jährlich 37 Mrd. Euro an Zinsen für seine Schulden (2004).
- Dem steht der Nutzen der Europäischen Union entgegen:
- Wegen der friedlichen Entwicklung Europas, auch dank der EU, konnte der Bundeswehretat gegenüber 1995 um ca. 9 Mrd. Euro (0,4 % des BSP) reduziert werden.
 - Als exportorientierte Industrienation profitieren wir mehr als andere vom „gemeinsamen Markt“. Allein an die 60 % unseres Exportes geht nämlich in die Partnerländer der EU.

Deshalb: Die Europäische Union lohnt sich.

Ihre
 R. Hieronymi

Mehr Informationen bei www.hieronymi.de

